

Internet-Blog

# **kreuz-und-quer.de**

**Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung**

*herausgegeben von*

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,  
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues MdB, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,  
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Thomas Rachel MdB,  
Prof. Dr. Annette Schavan MdB, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 1. Quartal 2013

# **1/2013**

Die Autoren:

Thomas Bareiß, Gerald Hagmann,  
Lars Hänsel, Norbert Lammert,  
Gerd Langguth, Rudolf Lill, Klaus Mertes,  
Willibert Pauels, Younes Quaqqasse,  
Christian Schmidt, Marco Wanderwitz

## Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de) zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

**In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die 2012 auf dem Internet-Blog [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de) veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)**

**Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.**

**Redaktion:**

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier, Gerald Hagemann, Klaus Mertes  
[stephan.eisel@kreuz-und-quer.de](mailto:stephan.eisel@kreuz-und-quer.de)**

# Inhaltsverzeichnis

<i>Norbert Lammert</i> Religion und Dialog .....	Seite 4
<i>Lars Hänsel</i> Obama vor alten und neuen Herausforderungen .....	Seite 6
<i>Gerd Langguth</i> Die CDU im Wahljahr 2013 .....	Seite 8
<i>Willibert Pauels</i> Wenn der Mensch lacht, ist er leicht wie ein Engel .....	Seite 10
<i>Marco Wanderwitz</i> Haushaltskonsolidierung und Generationengerechtigkeit .....	Seite 12
<i>Rudolf Lill</i> Vom Aufbruch des Konzils zur Kirchenkrise heute .....	Seite 14
<i>Thomas Bareiß</i> Alterssicherung aus christlicher Verantwortung .....	Seite 17
<i>Klaus Mertes</i> Zum Rücktritt von Papst Benedikt XVI. ....	Seite 19
<i>Christian Schmidt</i> Afghanistan und christliche Verantwortung .....	Seite 21
<i>Younes Quaqqasse</i> Warum Christdemokrat ?.....	Seite 23
<i>Gerald Hagmann</i> Die mächtige Kraft der Schwachen .....	Seite 25

14. Januar 2013

Norbert Lammert

# Religion und Dialog

## I.

Der Hinweis auf Befindlichkeiten moderner Gesellschaften ist immer wieder mit der Vermutung verbunden, der Preis der Modernität sei der Verlust an Religiosität, mindestens aber die freiwillige, mutwillige, leichtfertige, unauffällige Aufgabe religiöser Orientierung. Tatsächlich ist Religion keineswegs nur ein großes Thema dieses Jahrhunderts. Religion ist ein großes Thema der Menschheit. Weder das soziale Gefüge noch das Zusammenleben von Menschen noch die politische Verfassung einer Gesellschaft sind ohne religiöse Bezüge zu begreifen, Kulturen schon gar nicht. Die menschliche Zivilisation ist durch Religionen geprägt. Deshalb ist friedliches Zusammenleben überhaupt nur möglich auf der Basis von Verständnis, Verständigung und Toleranz zwischen den Religionen.

Es gibt deshalb ein Interesse am Dialog, selbst wenn die Religionen selbst dieses Interesse nicht hätten – und sie hatten es auch nicht immer. Fast ein Drittel der Menschheit sind Christen oder Muslime. Beide Religionen sind mit dem Judentum von ihren eigenen Quellen her stärker verbunden, als im Selbstverständnis der Gläubigen – wie in der Selbstdarstellung ihrer Religionen oft erkennbar ist. Die Migrationen der jüngeren Vergangenheit, die in der überschaubaren Zukunft wohl eher zunehmen als abnehmen werden, und die damit verbundene Begegnung, gelegentlich auch Konfrontation von Religionen und Kulturen führt international wie national zu neuen Herausforderungen.

Wer einen Dialog mit und zwischen den Weltreligionen gewissenhaft betreiben will, muss wissen, worauf er sich einlässt. Dieser Dialog muss mehr sein als ein multikultureller Smalltalk, muss mehr sein auch als die Freude an Vielfalt – oft verbunden mit dem fröhlichen Missverständnis: alles ist möglich, alles ist gleich, alles ist gleich gültig und folglich gleichgültig. Der Blick auf das Gemeinsame darf die Sicht auf Unterschiede nicht trüben. Dialog bedeutet nicht Bagatellisierung der Wahrheitsfrage.

Im Übrigen muss man von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass es gar keinen Dialog zwischen Religionen gibt. Dialoge gibt es nur zwischen Menschen, sie müssen zum Dialog bereit und in der Lage sein. Sie müssen die Eigenständigkeit des jeweils Anderen wahren und der doppelten Versuchung zur Dramatisierung wie zur Banalisierung widerstehen.

## II.

Die gelegentlich merkwürdige Verbindung von Mutlosigkeit und Ängstlichkeit auf der einen Seite und dröhnendem Selbstbewusstsein auf der anderen Seite ist bei genauem Hinsehen nicht nur im christlich-jüdisch-islamischen Dialog, sondern auch im Gespräch der christlichen Konfessionen untereinander gelegentlich zu beobachten.

In diesen Wochen erinnern wir an die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils vor 50 Jahren, und wir bereiten uns auf den 500. Jahrestag der Reformation vor. Beide Ereignisse betreffen nicht nur jeweils eine Konfession, sondern sind eine Herausforderung an alle und eine Angelegenheit insbesondere, aber nicht nur der Kirchen.

Ich gehöre zu den vielen engagierten Katholiken und Protestanten, die keinen Zweifel daran haben, dass die Reformation mit Blick auf die damaligen Verhältnisse als Versuch der Erneuerung der Kirche notwendig und überfällig war. Dass sie aber keineswegs zwangsläufig zur Kirchenspaltung hätte führen müssen, zu der es ganz wesentlich auch deshalb gekommen ist, weil auch damals religiöse Auseinandersetzungen für politische Zwecke instrumentalisiert worden sind. Mindestens diese Begründung ist offenkundig entfallen. Die Frage ist, ob es andere ernsthafte Begründungen gibt, die 500 Jahre nach der damaligen Auseinandersetzung die

Aufrechterhaltung der Trennung rechtfertigen oder gar notwendig machen.

Offensichtlich ist, dass katholische und evangelische Christen viel mehr verbindet als unterscheidet. Unbestritten ist, dass es unterschiedliche Positionen im Verständnis von Amt, von Abendmahl, von Kirchen gibt. Wesentlich ist die Frage, ob diese Unterschiede die Aufrechterhaltung der Trennung rechtfertigen. Für mich ist die Kirchenspaltung der große Anachronismus unserer Zeit. Sie ist ein Zustand, dass buchstäblich aus der Zeit gefallen ist: eine sich selbst verselbständigende Entwicklung, die ihre Anlässe und Ursachen längst hinter sich gelassen hat, aber mit scheinbar heiligem Ernst an den Strukturen festhält, die Folgen der damaligen Ursachen sind.

„Die Sorge um die Wiederherstellung der Einheit ist Sache der ganzen Kirche, sowohl der Gläubigen wie auch der Hirten, und geht jeden an, je nach seiner Fähigkeit, sowohl in seinem täglichen christlichen Leben wie auch bei theologischen und historischen Untersuchungen.“ So die Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils „unitatis redintegratio“. Ich persönlich bin fest überzeugt, die Wiederherstellung der Einheit wird kommen. Ich fürchte allerdings, dass sie später kommt als es möglich wäre, weil wir alle miteinander leider auch in diesem Zusammenhang die Begabung entwickelt haben, uns an Zweit- und Drittrangigkeiten festzuhalten und dabei das Wesentliche aus dem Auge zu verlieren.

Es gibt viele Indizien dafür, dass sich viele engagierte Katholiken mit dem Zustand der Kirche, die sie 50 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil erleben, nicht mehr in gleicher Weise identifizieren können wie mit der Kirche des Aufbruchs, die sie noch immer in lebhafter und prägender Erinnerung haben. Da ist der Eindruck der Stagnation ausgeprägter als der des Aufbruchs. Da entsteht immer wieder, vielleicht zu Unrecht, der Eindruck vom Vorrang theologischer Dogmatik vor der Seelsorge, von der wieder zunehmenden Dominanz der Amtskirche gegenüber dem Laienapostolat, der römischen Kurie gegenüber den Ortskirchen. Viele registrieren mit Enttäuschung die Eindämmung des Engagements von Laien, insbesondere von Frauen.

Mich beunruhigt der Eindruck, dass es eher so etwas wie eine auf Dauer gesetzte Angststarre gibt als die begründete, selbstbewusste Bereitschaft zum Aufbruch. Martin Luther hat einmal gesagt: „Anfechtung ist die notwendige Kehrseite des Glaubens. Wer nicht angefochten wird, kann auch nicht glauben.“ Und die wunderschöne Kurzfassung dieser gleichen Bemerkung lautet: „Anfechtungen sind Umarmungen Gottes.“ Im Vergleich dazu tritt die Kirche den Gläubigen immer wieder als strenge Aufsicht eines göttlichen Vermächtnisses entgegen. Das ist für mich schon fast eine ausreichende Erklärung dafür, warum immer mehr Menschen wenig Probleme mit ihrem Glauben, aber immer mehr Menschen Probleme mit ihrer Kirche haben.

Natürlich muss die Kirche den Glauben bewahren, aber sie kann ihn nur bewahren, in dem sie ihn immer wieder neu in einer sich verändernden Welt versteht, erläutert und vermittelt. Die Kirche muss sich auf die moderne Welt einlassen, wenn sie ernst genommen werden und ihren Auftrag wahrnehmen will. Dazu gehört ganz wesentlich die Bereitschaft und die Fähigkeit, Neues wahrzunehmen und zuzulassen, was bislang noch nicht zur Entfaltung kommen konnte.

Es ist die Aufgabe der Kirche in der Welt von heute, jedenfalls die Aufgabe der Christen: unbefangen und mutig, offensiv und geduldig im Dialog mit dem Denken der Neuzeit den Glauben leben und ihn in dieser Welt lebendig halten.

*Norbert Lammert gehört seit 1980 dem Deutschen Bundestag an und ist seit 2005 dessen Präsident. Von 1989 – 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und danach bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 wurde er Vizepräsident des Deutschen Bundestages, seit 2001 ist er stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

21. Januar 2013

**Lars Hänsel**

**Start in die zweite Amtszeit:**

## **Obama vor alten und neuen Herausforderungen**

Wenn Präsident Barack Obama heute die zweite Amtszeit beginnt, dann ist die Stimmung anders als 2008 nicht mehr „Hope and Change“. Die Erwartungen sind mindestens auf Normalmaß reduziert. Das kann ihm helfen. Machtpolitisch ist aber alles gleich geblieben. Der Kongress ist nach wie vor gespalten, die Gräben scheinen sogar noch tiefer zu sein. Das wird ihn weiter behindern.

Ging es in der ersten Amtszeit vor allem um die Wiederwahl, geht es jetzt um den Platz in den Geschichtsbüchern. Dafür hat der Präsident ein Handlungsfenster von etwa einem reichlichen Jahr, bevor sich alles wieder auf die nächste Wahl konzentriert. Zu Beginn der zweiten Amtszeit ist die Inbox voll: Es warten dringende Aufgaben auf ihn, welche noch aus der ersten Amtszeit stammen.

Ganz oben befindet sich ein aufgeschobenes, täglich dringender werdendes Problem: der Staatshaushalt. Zwar hatte er sich in letzter Minute mit dem Kongress einigen und den Sturz von der fiskalischen Klippe abwenden können. Gelöst sind die Probleme damit aber noch lange nicht. Die Verschuldung beträgt nun weit über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung. Schon im März ist erneut die (selbst auferlegte) Schuldengrenze erreicht. Wenn es bis dahin dann keine Einigung im Kongress geben sollte, droht wiederum die Zahlungsunfähigkeit. Die Republikaner beharren weiter auf wesentlichen Ausgabenkürzungen, sonst stimmen sie der Ausweitung der Schuldenobergrenze nicht zu. Mittelfristig führt wohl kein Weg an gleichzeitigen Ausgabenkürzungen und einer Anhebung der Staatseinnahmen vorbei. Substanzielle Kürzungen sind nur zu erreichen, wenn auch (wie bisher für die Demokraten) der Sozialhaushalt nicht tabu ist. Eine Anhebung der Staatseinnahmen bedeutet eine Überholung der Steuergesetzgebung. Das Steuerrecht ist mehr eine Form der Verteilung von Geschenken und zu wenig Instrument für Einnahmen – zu viele Interessengruppen haben bislang Ausnahmen durchsetzen können.

Es ist zu befürchten, dass es keine umfassenden Lösungen geben wird, sondern auf kurzfristige Entspannungen neue Krisen folgen werden. Mancher nennt es sarkastisch die „Europäisierung Amerikas“. Das Problem des Staatshaushaltes und zähe Verhandlungen könnten die zweite Amtszeit überschatten und die Beziehungen zum Kongress bestimmen, den er für die anstehenden Aufgaben braucht.

Die Gesundheitsreform ist zwar in der ersten Amtszeit beschlossen worden, muss nun aber erfolgreich umgesetzt werden. Die Umsetzung wird viel politische Energie kosten. Der Gesundheitssektor verschlingt schon heute ca. 17 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das ist langfristig nicht nachhaltig.

In den vergangenen Wochen sind zudem neue, dringende Aufgaben für den Präsidenten hinzugekommen: Nach dem Massaker von Newtown war die Debatte um eine strengere Regulierung von Waffen nicht mehr nur ein mediales Strohfeuer. Jetzt steht Obama unter Handlungsdruck, endlich strengere Gesetze auf den Weg zu bringen. Bislang galt eine nachhaltige Regulierung von Waffen als unmöglich. Nun gibt es zwar eine neue Dringlichkeit, aber nicht unbedingt neue politische Optionen. Der Einfluss der Waffenlobby ist nach wie vor ungebrochen. Letztlich geht es um die Frage, ob der Kongress zu Kompromissen bereit ist. Auch viele Demokraten kommen aus Wahlkreisen, in welchen sie ihre Wiederwahl durch die Unterstützung neuer Waffengesetze in Frage stellen könn-

ten. Immerhin hat Obama die Möglichkeit, durch "executive order" neue Regelungen durchzusetzen. Allein die Erwähnung der Möglichkeit heizt bei den Gegnern Verschwörungstheorien an, wonach Obama den Amerikanern die Waffen nehmen und sie schutzlos inneren und äußeren Feinden aussetzen möchte. Ein Waffenverbot der Briten hatte den Unabhängigkeitskrieg von 1776 mit ausgelöst.

Neben dem Dringenden will Obama sich auch dem Wichtigen widmen. Hier hat er bereits drei Bereiche ausgemacht.

Er will zunächst die Wirtschaft wieder in Gang bringen und die bei ca. acht Prozent stagnierende Arbeitslosigkeit abbauen. Im Wahlkampf hatte Obama zwar erfolgreich darauf verwiesen, dass er eine desaströse Wirtschaftslage geerbt hatte und ist damit trotz schlechter Daten wiedergewählt worden. Für einen Platz in den Geschichtsbüchern reicht dies jedoch nicht, wenn er hier keine wesentliche Verbesserung erzielen kann. Einen neuen Wirtschaftsaufschwung will Obama u.a. durch neue Infrastrukturprojekte erreichen.

Als wichtig gilt dem Präsidenten auch die Immigrationspolitik. Die größte Herausforderung ist der Umgang mit den etwa 12 Millionen illegalen Einwanderern. Immigration könnte sogar ein Bereich sein, in welchem er mit Unterstützung der Republikaner rechnen kann. Als allein von weißen Wählern getragene Partei haben die Republikaner keine Zukunft, dies hat spätestens die vergangene Wahl gezeigt. Es gibt gemeinsame Interessen, aber auch Unterschiede. So will der Präsident eine umfassende Lösung, während die Republikaner einen stufenweisen und auf bestimmte Gruppen wie Kinder, Studenten etc. differenzierten Ansatz verfolgen.

Präsident Obama hat bereits die Energie- und Klimapolitik als drittes großes Thema für die zweite Amtszeit genannt. Auch wenn der letzte große Sturm „Sandy“ eine neue Diskussion über Klimawandel ausgelöst hat, kann er nicht mit einer breiten Unterstützung für eine progressivere Klimapolitik im Kongress rechnen. Dennoch könnte er mit exekutiven Maßnahmen eine Neugewichtung im Energiemix erreichen.

Bleibt die Außenpolitik. Die Hinwendung nach Asien wird sicher fortgesetzt. Dies zeigte schon seine erste Reise nach der Wahl. Sie führte Obama nach Asien. Die Beziehungen zu China stehen im Vordergrund, welche Obama so gestalten muss, dass die Chancen, aber auch Herausforderungen gerecht werden. Die Hinwendung zu Asien ist dabei weniger eine Abwendung von Europa als vielmehr vom Nahen Osten. Mit wachsender Energieunabhängigkeit nimmt dessen Bedeutung ab. Allerdings bleiben große Herausforderungen, denen er sich nicht entziehen kann: allem voran Iran, wo die Stunde der Wahrheit näher rückt.

Das sind große Aufgaben, deren Bewältigung über Barack Obamas Platz in den Geschichtsbüchern entscheiden wird.

*Dr. Lars Hünsel (1967) leitet seit 2011 das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington DC mit Zuständigkeit für die USA und Kanada. Nach dem Studium der evangelischen Theologie ab 1988 in Leipzig, Tübingen und Jerusalem vertrat er für viele Jahre die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel.*

28. Januar 2013

*Gerd Langguth*

# Die CDU im Wahljahr 2013

Keinesfalls ist der Wahlsieg 2013 für die Union gesichert. Zwar sind die Umfrageergebnisse für die Union hervorragend, aber es kann sein, dass der Union der Koalitionspartner fehlen wird.

Allerdings zeigen die Ereignisse von Niedersachsen, dass es viele Wähler gibt, die zwar die gegenwärtige FDP-Politik für falsch halten, jedoch darüber in Sorge sind, dass eine Partei mit einem unverwechselbaren marktwirtschaftlichen Ansatz in der Republik verschwinden könnte.

Ganz ist also auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass Union und FDP wieder eine entsprechende Mehrheit erhalten, diese war auch beim letzten Mal als unmöglich angesehen worden. Manche Wahlanalysten sagten damals, dass die Zeit vorbei sei, in der zwei Fraktionen eine Parlamentsmehrheit darstellten.

Voraussichtlich wird es in diesem Jahr wieder zu einem Lagerwahlkampf kommen, also auf der einen Seite zwischen CDU/CSU und FDP sowie auf der anderen Seite zwischen SPD und Grünen. Angesichts Tatsache, dass die Grünen sich in die babylonische Gefangenschaft der SPD begeben haben, bleibt der CDU gar nichts anderes übrig, als einen solchen Lagerwahlkampf zu führen.

Dabei spielt auch eine Rolle, dass das Ansehen der Bundeskanzlerin immens hoch ist. Aber Achtung! Hier sollten nicht zu falschen Schlussfolgerungen kommen, denn auch McAllister war hinsichtlich der Beliebtheit und Bekanntheit weit vor seinem „drögen“ Herausforderer Stephan Weil. Es muss Angela Merkel gelingen, ihren Sympathiebonus auch zu CDU-Stimmen umzuwandeln. Zu Zeiten Helmut Kohls stellte sich die Lage oft anders da: Nicht selten hatte die Union einen erheblichen Beliebtheitsgrad, nicht jedoch der Amtsinhaber.

Es ist also die spannende politikwissenschaftliche Frage, wie weit es der Bundeskanzlerin gelingen wird, ihr hohes Ansehen in Stimmen für die Union umzumünzen. Die Wähler wählen in der Regel eine politische Partei, nicht eine Person. So sieht es auch das Grundgesetz vor: Unser Wahlrecht stellt bei den für die Regierungsbildung entscheidenden Zweitstimmen auf den Stimmzetteln Parteien zur Wahl. Sie bilden die Fraktionen im Bundestag, die dann einen Kanzler wählen. Bisher



war es immer so, dass die Parteienwahl wichtiger war als die Personenwahl.

Allerdings hat sich inzwischen nach den Umfragen ein deutlicher Vorsprung von CDU/CSU vor der SPD ergeben. Es muss das Wahlziel der Union sein, so viele Stimmen zu erhalten, dass an ihr eine Regierungsbildung nicht vorbeigehen kann. Die SPD ihrerseits wird aber alles tun, das zu umgehen. Zu schlecht sind die Erfahrungen, die sie aus der Großen Koalition mit Merkel gemacht hat: Lediglich 23 Prozent blieben für den damaligen Kanzlerkandidaten Steinmeier übrig.

Die Große Koalition ist aus Sicht der SPD ein Trauma, das sich nicht wiederholen soll. Deswegen wird die SPD mit allen Mitteln gegen eine Große Koalition kämpfen, notfalls sogar eine Ampelkoalition anstreben, also unter Einbeziehung der Grünen und der FDP. Auch aus diesem Grunde wäre eine Zweitstimmenkampagne der Union für die FDP ein Problem, weil Merkel alle Stimmen gegenüber der SPD benötigt. Es spricht im übrigen auch alles dafür, dass die FDP die Fünf-Prozent-Hürde überspringen wird. Trotz ihrer schlechten Performance in den letzten Jahren gibt es viele in der deutschen Gesellschaft, die ein Aussterben der FDP sehr bedauerten.

Trotz des absehbaren Lagerwahlkampfes, sind andere Ergebnisse durchaus denkbar: Eine unter Führung der CDU mit der SPD oder den Grünen oder auch der FDP. Es wäre aber auch möglich, dass die SPD jede Möglichkeit nutzt, ihre Stimmen zu maximieren - mit Hilfe der Grünen und auch der FDP und gegebenenfalls mit Duldung der Piraten, deren Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde allerdings im Moment weniger wahrscheinlich erscheint.

Hingegen wird die Linke mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Bundestag kommen, auch wenn ihre Westausdehnung jetzt auch in Niedersachsen beendet wurde. Der Erfolg der „Linke“ in Westdeutschland war eben sehr stark abhängig von Lafontaine, der inzwischen weitgehend von der Bildfläche verschwunden ist. Aber die Linke ist eine wichtige Regionalpartei im Osten Deutschlands geblieben. Es gibt auch Kräfte in der SPD, die eine Koalition mit der Linken für sinnvoll halten. Das wird natürlich vor den Wahlen bestritten.

***Prof. Dr. Gerd Langguth** (1946) unterrichtet Politische Wissenschaft an der Universität und ist als Kommentator im Fernsehen und in Printmedien bekannt. Er hat in den letzten Jahren zahlreiche Bücher geschrieben, unter anderem eine Biographie über Angela Merkel, über Horst Köhler und zuletzt das Buch „Kohl, Schröder, Merkel – Machtmenschen“.*

4. Februar 2013

**Willibert Pauels**

## **WENN DER MENSCH LACHT, IST ER LEICHT WIE EIN ENGEL**

Ich bin katholischer Diakon und Kölner Büttendredner. Und jetzt dürfen Sie raten, welche Frage jeder Journalist und überhaupt fast Jeder, dem ich davon zum ersten Mal erzähle, fragt. Richtig: „Passt das denn zusammen?“ - Meine Antwort ist stets dieselbe: „Es ist nicht nur kompatibel, sondern es ist im Innersten dasselbe.“ Und an diesem Ort erweitere ich die Bereiche noch um das Feld der verantwortlichen Politik. Wie das?

Nun: Mein „Lieblings“-Theologe ist einer der größten Genies der Geschichte und natürlich ein Rheinländer (ich gebe zu „erweitertes Rheinland“; er kommt von der Mosel): Geboren im Jahr des Herrn 1401 in Kues - Nicolaus Cusanus, Namensgeber der Begabtenstiftung der katholischen Kirche, unter dessen Namen so gegensätzliche politische Charaktere wie Annette Schavan und Oscar Lafontaine gefördert wurden. Dieser große Denker schuf den unglaublichen Satz, den man sich auf der Zunge zergehen lassen muss: „Gott ist der Zusammenfall aller Gegensätze.“

Wenn verschiedene Bilder in einem Bild zusammenfallen sind wir dem tiefsten Geheimnis des Universums, dem Göttlichen am Nächsten. Auf Griechisch heißt das: „Sym-bolisch“. Ein Begriff, den wir alle kennen. Aber auch das Gegenteil davon ist uns in der griechischen Sprache geläufig: Wenn Bilder getrennt werden heißt das: „Dia-bolisch“

Zusammenführen ist göttlich, Spalten ist teuflisch. In dieser Erkenntnis verbirgt sich, so glaube ich, das innerste Wesen gesunder Religion und des Humors – ja und auch kluger und guter Politik.

Das heißt keinesfalls irenistische political-correctness: Nein - fairer Streit macht Spaß und ist gesund. Aber es bedeutet, dass im Letzten nicht die Spaltung, sondern der Geist der Versöhnung und der Liebe Urgrund all meiner Handlung und Haltung sein soll.

Der letzte noch lebende Priester aus dem KZ Buchenwald, ist der Westfale Monsignore Scheipers, mit seinen über 90 Lebensjahren noch voll geistig präsent und ein wunderbarer Mensch. Auf die Frage, wie er die Hölle von Buchenwald innerlich überlebt hat, antwortet er stets: „Ich habe dies einem Satz von Romano Guardini zu verdanken, nämlich: „Geborgenheit im Letzten gibt Gelassenheit im Vorletzten.““

Der Mensch hat eine Seele, und die Seele ist kostbarer als das ganze Universum, deshalb kann NICHTS, weder Qual noch Krankheit, weder Folter noch Tod die Seele zerstören. Wenn dies wahr ist, dass nicht die Hölle von Golgotha das letzte Wort hat, sondern der Himmel von Ostern, dann, ja dann kann diese Botschaft unsere Seele mit tiefster Gelassenheit erfüllen. Das innerste Wesen gesunder Religion ist Trost.

Der griechische Philosoph Epiktet sagte: „Es sind nicht die Dinge die uns unglücklich machen, sondern wie wir die Dinge sehen.“ Das Entscheidende ist die Perspektive. Welche Perspektive bestimmt unserer Leben und Handeln? Die tröstende österliche oder die von der Richard Dawkins, dem z. Zt. populärsten atheistischen Autor. Er sagt: „... hinter unserem Leben hinter dem Universum ist KEIN Plan, KEINE Absicht, KEIN Gut oder Böse, KEIN Gott, NICHTS außer blinder, erbarmungsloser Gleichgültigkeit.“ Na dann herzlichen Glückwunsch und Willkommen im Leben.

Der größte Ausdruck innerer Gelassenheit und Geborgenheit ist der Humor. Ideologen und Fundamentalisten erkennt man untrüglich an einem Symptom: Sie können nicht über sich selber lachen. Stattdessen sind sie permanent beleidigt. In diesem Sinn hat der jüdische Humor unangefochten Meisterschaft erlangt. Und ich vermute, nicht obwohl, sondern WEIL die jüdische Geschichte voller Leid und Qual ist. (ich empfehle hierzu das herrliche Büchlein: „Jetzt mal Tacheles“, die jüdischen Lieblingsswitze von Paul Spiegel“ herausgegeben von seinen Töchtern Dina und Leonie Spiegel).

Ach, wie sehr hätte ich mir gewünscht, dass während der unsäglich ideologisch-verbissenen Diskussion zum Thema Beschneidung entsprechende jüdische Witze zum selben Thema zu Gemüte geführt worden wären! Nur zwei Beispiele, wohlgermerkt jüdische Witze.

„Ein Mann betritt ein jüdisches Geschäft dessen Schaufenster über und über mit Uhren ausgestellt ist: „Guten Tag, ich hätte gerne eine Uhr“. - „Oh tut mir leid“, sagt der Besitzer, „wir führen keine Uhren.“ - „Was?? Aber ihr Schaufenster ist voll davon!“ - „Nu - Was soll ich auslegen? Ich mache Beschneidungen!“

Oder: „Ein evangelischer Pastor, ein katholischer Priester und ein jüdischer Rabbi haben die Aufgabe einem wilden Bären in dessen Höhle ihre jeweilige Religion näher zu bringen. Als Erster wagt sich – Avantgarde wie immer - der Evangelische in die Höhle. Kommt raus und ist begeistert. „Ich habe ihm Konfirmationsunterricht erteilt und anschließend haben wir das Vater unser gebetet.“ Nun der Katholische. Kommt raus und ist begeistert. „Ich habe im Kommuniionsunterricht erteilt und anschließend hat er bei mir gebeichtet.“ Nun der Rabbi: Kommt raus. - Oh! - Haare rausgerissen, blutend und die Kleider in Fetzen vom Leib: „Nu - wir haben zusammen das Halleluja gesungen. Aber ich hätte es lassen sollen mit der Beschneidung!“

Is dat nich herrlich?! Welch eine Grandezza! Welch eine Leichtigkeit! Welch eine Gelassenheit! Thomas von Aquin sagt. „Im Menschen ist das Tier und der Engel zugleich.“ Gesunde Religion, befreiender Humor und gute Politik helfen das Tier in uns einzuhegen und den Engel in uns tanzen zu lassen!

In diesem Sinne: Alaaf - Helau und Halleluja.  
Ihr bergischer Jung  
Willibert Pauels

*Willibert Pauels (1954) studierte er Katholische Theologie in Bonn und Münster, zunächst mit dem Ziel, Priester zu werden. Weil zwar er, aber seine „Hormone nicht wollten“ (Pauels), wurde er nach dem Diplom „Laientheologe“ und 1993 zum katholischen Diakon geweiht. 1975 trat er erstmals auf einer Karnevalssitzung seiner Heimatstadt auf, 1995 wurde er für den Kölner Karneval entdeckt und wurde bald als „Ne bergische Jung“ einer der populärsten und erfolgreichsten rheinischen Büttredenredner. Bis November 2006 war Pauels als Diakon in verschiedenen Pfarrgemeinden hauptamtlich tätig, seit 2006 ist er „hauptberuflicher DiaClown mit Nebenberuf Diakon“. Nach einer Klinikbehandlung wegen schwerer Depressionen will er demnächst wieder eine hauptamtliche Stelle als Diakon antreten.*

28. Januar 2013

**Marco Wanderwitz**

# Haushaltskonsolidierung ist Verpflichtung gegenüber unseren Kindern

Der Schuldenstand des Bundes von rund zwei Billionen Euro, 2.000 Milliarden, ist das Ergebnis eines über Jahrzehnte schleichenden, gleichwohl in seinen Konsequenzen gut erkennbaren Prozesses. Unsere Staatsschulden sind angestiegen, sowohl absolut, als auch bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dass sich der Schuldenanteil am BIP in diesen Jahren mehrfach verdoppelte, hat auch damit zu tun, dass Tilgung - auch in konjunktureller guten Zeiten - faktisch nicht stattfand. Der Schuldenberg wurde mit Zinsbelastungen und Neuverschuldung immer weiter angehäuft. In der Konsequenz heißt das, dass heute auf jeden Bundesbürger eine Pro-Kopf-Staatsschuld in Höhe von rund 25.000 Euro entfällt. Ein schwerer Rucksack für künftige Generationen; insbesondere, da überwiegend Konsumtives, nicht Zukunftsinvestitionen, finanziert wurde.

Um die Chancen und Möglichkeiten künftiger Generationen in unserem Land zumindest auf dem Niveau der Elterngenerationen zu erhalten, bedarf es einer nachhaltigeren Finanzpolitik. Eine ausgeglichene Staatsfinanzierung ist eine gerechte Verteilung der Lasten innerhalb der jetzigen Generationen (intragenerative Gerechtigkeit) und eine gerechte Aufteilung der Belastungen zwischen den jetzigen und den folgenden Generationen (intergenerative Gerechtigkeit). Ersteres ist in unserem Land aus meiner Sicht jedenfalls nicht unterbelichtet. Außer zwischen Familien und Nichtfamilien - aber das ist ein anderes großes Thema.

Seit vielen Jahren wird der Bundeshaushalt den Kriterien der Generationengerechtigkeit nicht gerecht, ist nicht nachhaltig. Der Ressourcenverbrauch einer jeden Generation muss künftig endlich wieder mit dem Einkommen derselben Generation ausgeglichen werden, damit kommenden Generationen die gleichen finanziellen Grundlagen und politischen Handlungsspielräume möglich sind, wie sie den vorangegangenen Generationen zur Verfügung standen. Das Erbe ein wenig zu mehrern von Generation zu Generation wäre zudem den Schweiß der Edlen wert.

Um die Staatsverschuldung nicht noch weiter voranzutreiben, ist in der vorhandenen Situation eine Politik der strikten Haushaltskonsolidierung unumgänglich. Nur so kann der haushalts- und finanzpolitische Spielraum des Staates und damit der nachfolgenden Generationen erhalten bzw. wiederhergestellt

werden. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes, die größte politische Leistung der Großen Koalition von 2005 bis 2009, allein wird dazu nicht reichen. Sie vermindert "nur" die Anhäufung weiterer Schulden. Was wir anpacken müssen, ist der Schuldenabbau, die Tilgung der Altschulden. Erfreulicher Weise gibt es auch dazu neben der moralischen nun ebenfalls eine gesetzliche Verpflichtung: Der neue europäische Stabilitätspakt verpflichtet auch uns zum Abbau der bestehenden Schulden zumindest auf das Niveau der 2. Säule der Maastricht-Kriterien, die auch Deutschland derzeit klar reißt.

Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: Zum einen, die Einnahmeseite zu erhöhen, zum anderen, die Ausgabenseite zu verringern. Beides ist kurz- und mittelfristig nicht angenehm. Aber beides ist ohne sinnvolle Alternative! Die christlich-liberale Koalition hat es in weltwirtschaftlich schwierigen Zeiten geschafft, den Weg der Konsolidierung auf Einnahmen- und Ausgabenseite konsequent voranzutreiben. Der Haushalt 2013 ist eine wichtige Wegmarke dieser Konsolidierungspolitik, da nach nur drei Jahren innerhalb nur einer Wahlperiode ein strukturell nahezu ausgeglichener Haushalt erreicht werden konnte. Die Schlußbilanz der Großen Koalition hingegen war noch eine der höchsten Neuverschuldungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Für das Jahr 2014 ist unser Ziel, über die Vorgaben der Schuldenbremse hinaus einen vollständigen Abbau des strukturellen Defizits zu erreichen.

Bei alledem muss es möglich sein, Zukunftsinvestitionen zu tätigen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Wir benötigen leistungsfähige Flughäfen, intakte Autobahnen, Wasserstraßen und Bahnlinien. Aufholbedarf gibt es bei der flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigem Internet. Zugleich müssen wir unseren Wissens- und Innovationsvorsprung erhalten. Die christlich-liberale Koalition hat die Bundesinvestitionen in Bildung und Forschung deshalb bis 2013 um 13 Milliarden Euro gesteigert.

Wir sind auf einem richtigen, aber politisch steinigem Weg. Im Herbst 2013 wird sich zeigen, ob unser Land, seine Menschen, das Machbare und damit die nachhaltige Langfristperspektive, oder das Wünschenswerte, den Substanzverzehr, wählen. Ich bin optimistisch, dass die Zeiten anders geworden sind, als beispielsweise 1998.

*Marco Wanderwitz (Jahrgang 1975) ist Rechtsanwalt und seit 2002 direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages (Mitglied im Rechtsausschuss und Obmann der Unionsfraktion im Ausschuss für Kultur & Medien). Als Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion ist er Mitglied im Fraktionsvorstand. Marco Wanderwitz ist evangelischer Christ, verheiratet und hat drei Kinder. Die Familie lebt im Erzgebirge.*

## Rudolf Lill

# Zur Erinnerung an das Zweite Vatikanische Konzil

Der Tod Pius' XII. und die Wahl Johannes XXIII. im Oktober 1958 hatten die vielleicht tiefste Zäsur in der neueren Geschichte der katholischen Kirche bewirkt: vom päpstlichen Absolutismus zur alt-kirchlichen Kollegialität mit den Bischöfen, von römischen Monopolansprüchen zum Dialog mit Theologen anderer Traditionen und endlich auch zum Dialog mit der Moderne.

Eine Reform in diesem Sinne sollte das Zweite Vatikanische Konzil erbringen, welches Johannes XXIII. (Angelo Giuseppe Roncalli, geb. 1881) im Januar 1959 überraschend ankündigte. Es hat von 1962 bis 1965 stattgefunden, nach Johannes' Tod (3. Juni 1963) fortgesetzt von seinem Nachfolger Paul VI. (Giovanni Battista Montini, geb. 1897, Papst 1963–1978), der allerdings aus Rücksicht auf traditionalistische Gegner den großen Entwurf in einiger Hinsicht abgeschwächt hat.

Die Geschichte des Konzils ist sehr gut dokumentiert, so dass die Behauptungen, dass es – weil mehr pastoral als dogmatisch ausgerichtet – ein Konzil zweiten Ranges gewesen sei, wissenschaftlich unhaltbar sind. Solche Behauptungen waren schon von den in der römischen Kurie starken Gegnern des Konzils um den Kardinal Alfredo Ottaviani erhoben worden. Sie wollten am Stil Pius' XII. festhalten und glaubten, dass es nach dem Dogma der Unfehlbarkeit und des Universalepiskopats des Papstes (1870) keines Konzils mehr bedürfe.

Seit dem 19. Jahrhundert hatte sich die katholische Amtskirche gegenüber der Moderne auf autoritäre Defensive und auf zentralistische Sammlung der eigenen Kräfte zurückgezogen. Während die Welt demokratisch wurde, ging die Papstkirche den entgegengesetzten Weg. Entscheidende Stationen waren das von Pius IX. durchgesetzte Dogma von 1870, der rigide Antimodernismus Pius' X. (1903-1914) und der *Codex juris canonici* von 1917. Pius XII. (1939-1959, -Schüler und Verehrer Pius' X.) hat dieses System perfektioniert. Als Grundpfeiler der Kirche galten in Rom scholastische Philosophie und zentralistische Regierung, päpstliches Lehramt und lateinische Sprache. Dieses System gab organisatorische Kraft, erzwang aber zugleich Erstarrung; wer widersprach, wurde marginalisiert oder ausgeschlossen. Politisch stand der Vatikan bis 1958 immer rechts.

Kardinal Roncalli gehörte zu der Minderheit katholischer Prälaten, die in weiteren Dimensionen dachten, sowohl aufgrund seiner breiten historischen Bildung wie infolge seiner Erfahrungen als Delegat in orientalischen Ländern und als Nuntius in Frankreich. Theologie und Seelsorge interessierten ihn mehr als Kirchenrecht und Kirchenpolitik. Sogleich trat der neue Papst mehr als Bischof denn als oberster Hierarch auf, und schon durch die Ankündigung des Konzils gab er den Bischöfen ihre gesamtkirchliche Mitverantwortung zurück. Damit begann ein breiter Prozess der Diskussion über die Perspektiven kirchlichen Handelns in der säkularen Gesellschaft. Das Konzil sollte alle kirchlichen Positionen kritisch überprüfen, die katholische Kirche zukunftsfähig machen und den Menschen näher bringen. Es sollte also weitaus mehr erbringen als die eine oder andere dogmatische Definition.

Die Vorbereitung des Konzils begann in einem engen Freundeskreis des Papstes, zu dem als erster Deutscher schon 1959 der Exeget Augustin Bea S.J. gehörte. Das ihm übertragene Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen (1960) wurde bald ein Gegengewicht gegen die auf das System Pius' XII. fixierten „Traditionalisten“ um Kardinal Ottaviani (Hl. Offizium).

In den Vorbereitungskommissionen (1959, 1960, 1961) konnten auch auswärtige Bischöfe mitwirken. An der Spitze derer, die wie der Papst reformieren wollten, standen die Kardinäle Alfrink (Utrecht), Bea, Döpfner (München), Frings (Köln), König (Wien), Léger (Montreal), Liénart (Lille) und seine

französischen Kollegen, Ritter (St. Louis), Suenens (Mechelen-Brüssel), dazu die Italiener Lercaro (Bologna) und Montini.

Seine Konzeption vom Konzil hat Johannes XXIII. am deutlichsten in drei Reden kurz vor dem Konzil und zu dessen Eröffnung ausgesprochen. Am 25. Juli 1962 plädierte er für eine Kirche, welche den Menschen als solchen dient, nicht nur insofern sie katholisch sind. Am 11. September bekannte er sich erneut zu einer Kirche für alle Menschen und besonders für die armen Leute. Am 11. Oktober 1962 wandte sich der Papst, anders als seine Vorgänger, nicht gegen Dissidenten und/oder Gegner. Als Aufgabe des Konzils bezeichnete er vielmehr, die alten Wahrheiten in versöhnlicher und verständlicher Form zu verkünden. Die Kirche sollte barmherzig handeln und für den Frieden wirken. Wie schon öfter distanzierte Johannes sich zudem von den „Unglückspropheten“, d. h. den Männern um Ottaviani, die in der modernen Welt nur Gefahren sahen, von denen die Kirche sich zu distanzieren habe. Die programmatische Rede gegen den Relativismus, welche Kardinal Ratzinger vor dem Konklave im April 2005 an die Kardinäle hielt, kehre wieder ganz zu Ottavianis Stil zurück.

Der Pontifikat Johannes' XXIII. und sein Konzil haben unbiblischen Hierarchismus durch neue Väterlichkeit und Brüderlichkeit ersetzt. Die Kirche wurde neu definiert als „Volk Gottes“ mit prinzipiell gleichberechtigten Mitgliedern, die Bibel in die Mitte christlichen Lebens gestellt. Die Liturgie wurde von anachronistisch gewordenen Formen befreit und in die Sprache der Menschen übertragen. Dazu kamen (vorsichtiger) Ökumenismus und Versöhnung mit den Juden, der Einsatz für Frieden, Menschenrechte und Religionsfreiheit.

Damit präsentierte sich die nachkonziliare Kirche neuartig als Kraft guter Kompromisse zwischen Selbstbewahrung und Öffnung zu den Menschen, und damit erwarb sie volles Bürgerrecht in der modernen Gesellschaft. Das Konzil bedeutete einen „epochalen Übergang“ (Alberigo). Aber als solcher musste es benutzt werden. Doch das haben seit ca. 1980 die Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. mit Hilfe rechter Gefolgsleute konsequent behindert resp. verhindert. Die schlimmste Folge ist eine innere Spaltung: Die Amtskirche ist wieder so rückständig und menschenfern wie unter Pius XII., doch in vielen Gemeinden und sozialen Einrichtungen wirkt das Konzil weiter.

Doch das Konzil hatte auch Unruhe in die katholische Kirche gebracht. Der endlich begonnene Diskussionsprozess war nicht mehr aufzuhalten und wurde durch Einwirkungen aus der 1968er-Bewegung gelegentlich radikalisiert. Befreiung und Demokratisierung wurden die Parolen, es folgten Forderungen nach Aufhebung des Pflichtzölibats, nach Zulassung verheirateter Männer, dann auch von Frauen zu geistlichen Ämtern, d. h. Forderungen, die das Neue Testament keineswegs ausschließt.

Diese Unruhe wurde von den Konzilsgegnern benutzt, um den konziliaren Prozess insgesamt zu diffamieren: als Bruch mit der Tradition und als Anpassung an den Zeitgeist. Mancher Reformier bekam Angst vor der eigenen Courage auf dem Konzil; auch der Theologieprofessor Ratzinger wandte sich ab (s. R. „Aus meinem Leben“, 1998 u. ö., 136-139, 150 ff.). Paul VI. wurde, weil er zu vermitteln suchte, heftig kritisiert; doch die Wahl des Nachfolgers fiel im Sommer 1978 noch einmal auf einen Mann des Konzils: Albino Luciani, geb. 1912: Johannes Paul I.

Aber im Herbst 1978, als ein zweites Konklave notwendig wurde, hatte die internationale rechte Fronde (für Bestärkung der päpstlichen Autorität und einer nur von ihr abhängigen Hierarchie, gegen die Partizipation der Laien und weitere Freiheitstendenzen) die Reihen fest geschlossen. Man wählte den kämpferischen, dem erstarkenden *Opus Dei* verbundenen, dabei jugendlich wirkenden Polen Karol Wojtyła (geb. 1920): Johannes Paul II. (1978-2005). Er hat die Restauration des Zentralismus konsequent durchgeführt, konkret mit dem *Codex juris canonici* (1983), der nicht – wie man behauptete – das Konzil interpretierte, sondern dessen Intentionen zähmte, so durch die faktische Annullierung bischöflicher Kollegialität (Can. 330-341) und die singuläre Privilegierung des *Opus Dei* (Personalprälaten, Can. 294-297) Die Kirche wurde wieder zentralisiert, die Mitwirkung der Laien seitdem Schritt für Schritt zurückgedrängt.

Unter Johannes Pauls engsten Mitarbeitern war schon seit 1981 Kardinal Ratzinger, der an der Spitze der Glaubenskongregation so weit, wie nach dem Konzil noch möglich, zum Kurs seines zweiten Vorgängers Ottaviani zurückgekehrt ist. Ratzinger beteiligte sich nun auch an der eingangs erwähnten Polemik gegen das Konzil (vgl. seine Schrift „Zur Lage des Glaubens...“ 1984, 1986, und seine Rede zum Schisma des Erzbischofs Lefèbvres am 14. Juli 1988). Konsequente Personalpolitik bewirkte eine entsprechende Rückformung des Episkopats, so in Lateinamerika, wo die durch das Konzil ermutigten Theologen der Befreiung durch treue Diener Roms ersetzt wurden.

50 Jahre nach Beginn des Konzils ist von dessen optimistischem Selbstbewusstsein wenig übrig geblieben. Und das liegt nicht nur am rasanten Säkularisierungsprozess und an der Ökonomisierung des gesamten Lebens, sondern auch an der Reaktion der amtlichen Kirche, die über den Neo-Zentralismus zur Anti-Modernität zurückgekehrt ist. Auf den Priestermangel reagierte die Hierarchie mit Schließung sehr vieler Pfarren, weil sie deren Leitung durch Diakone oder Laien nicht dulden will.

Der Vatikan und dessen bischöflichen Vasallen verbreiten doktrinären Rigorismus (vor allem in den Bereichen der Bio- und Sexualethik und in der Familienpolitik), der so vom Evangelium nicht gefordert ist und von den Menschen nicht verstanden wird. Wer gegen Aufklärung und Relativismus so undifferenziert polemisiert wie Joseph Ratzinger/Benedikt XVI., der bewegt sich in einer vergangenen Welt. Dazu passt die Rückkehr zu pseudo-barockem Pomp anstelle der konziliaren Einfachheit. Carlo Maria Martini S.J., Ratzingers intellektueller Antipode im Kardinalkollegium, der sich immer wieder im Sinne des Konzils um die vorurteilsfreie Begegnung von Kirche und Gesellschaft bemühte, hat in seinem letzten Interview am 18. August 2012 u.a. gesagt: Die Kirche ist um 200 Jahre zurück. Warum rüttelt sie sich nicht auf? Warum haben wir Angst“? Werden die seit 30 Jahren wieder in den Vordergrund gerückten „Unglückspropheten“ siegen ?

### **Quellen und Literatur (Auswahl)**

Die Tagebücher Johannes' XXIII.: Angelo Giuseppe Roncalli/ Giovanni XXIII.: Pater amabilis. Agende del Pontefice 1958-1963. Istituto per le scienze religiose, Bologna 2007

Giuseppe Albergio, Storia del Concilio Vaticano II, 5 Bände, Bologna 1995-2000; deutsche Ausgabe Klaus Wittstadt.

Artikel von Albergio in deutscher Sprache: LThK<sup>3</sup>, Bd. 5 (1996), 952-955; Bd. 10 (2001), 561-566.

Otto Hermann Pesch, Das Zweite Vatikanische Konzil..., 2001 u. ö.

Georg Denzler, Das Papsttum. Geschichte und Gegenwart, 1997 u. ö., Kap. XV.

Helmut Krätzl, Das Konzil – Ein Sprung vorwärts ..., Innsbruck/Wien 2012

Rudolf Lill, Die Macht der Päpste, 2011, Kap. VI.

***Rudolf Lill (1934) ist emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Karlsruhe. Er lehrte an den Universitäten Passau, Karlsruhe, Rom, Florenz, Dresden und Bonn. Er ist ausgewiesener Kenner Italiens, Roms und der Kirchengeschichte. 1993 – 1996 war er Generalsekretär des deutsch-italienischen Zentrums Villa Vigoni Er ist u. a. Autor des Buches u. a. „Die Macht der Päpste“.***



**Thomas Bareiß**

## **Alterssicherung aus christlicher Verantwortung**

„Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren, wie Dir der HERR, Dein Gott, geboten hat, auf dass Du lange lebest und dass Dir's wohl gehe in dem Lande, das Dir der HERR, Dein Gott, geben wird.“ (2. Mose 20,12 / vgl. 5 Mose 5,16).

Das Vierte Gebot mahnt uns, die Eltern aber auch die nicht mehr leistungsfähigen älteren Menschen zu ehren. Nach christlichem Verständnis sind ältere Menschen in ihrem Anspruch, auf Ansehen ihrer Würde und ihrem Lebenswerk zu achten und im Alter zu versorgen. Dies umfasst auch das Bedürfnis nach materieller Sicherheit, denn die Sicherstellung materieller und geistiger Existenzgrundlagen ist für die menschliche Freiheit essenziell.

Der Gedanke des Vierten Gebotes ist auch heute noch aktuell. Er ist in Form des sogenannten Generationenvertrages und der darauf aufbauenden wichtigsten Säule unseres Rentensystems, der gesetzlichen Altersversicherung, das Fundament unseres Sozialsystems. Mit dem Generationenvertrag wird der unausgesprochene „Vertrag“ zwischen der beitragszahlenden und der rentenbeziehenden Generation bezeichnet. Die monatlich von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geleisteten Zahlungen in die staatliche Rentenkasse dienen der Finanzierung der laufenden Rentenzahlungen. Als Konsequenz erwartet die arbeitende und somit zahlende Generation ihrerseits, dass auch ihre Rente durch die Beitragszahlungen der nachfolgenden Generation gesichert ist. Der Generationenvertrag stellt demnach eine staatlich geleitete Unterhaltspflicht gegenüber älteren Mitbürgern dar.

Jedoch machen die aktuellen Diskussionen um die Zukunft des Sozialstaats und des deutschen Rentensystems deutlich, dass der Generationenvertrag auf dem Spiel steht. Hierfür sind nicht zuletzt der demografische, wirtschaftliche und soziale Wandel verantwortlich. Die Sorge für die Alten wird mehr und mehr zu einer sozialpolitischen Gestaltungsaufgabe. Eine Änderung des Generationenvertrages scheint infolgedessen unumgänglich. Daher stellt sich die Frage nach einer für alle Generationen tragbaren Lösung. Bei der Suche nach einer gerechten Lösung dürfen gerade christliche Werte nicht außer Acht gelassen werden.

Die Schwierigkeit besteht in der heutigen Zeit darin, dass sich eine staatliche Alterssicherung nicht mehr unmittelbar auf den Solidaritätsgedanken stützen lässt. Denn die Anzahl der Rentenbezieher wird zukünftig höher sein als die der Beitragszahler. Eine für alle tragbare Lösung kann nur auf Forderungen der Gerechtigkeit gestützt werden, denn auf diesem Grundgedanken basiert auch heute noch unsere gesellschaftliche Ordnung.

Gerade im Hinblick auf das Prinzip der Gerechtigkeit liegt die Verantwortung für die Alterssicherung zunächst beim Einzelnen. Es ist unerlässlich eigene Leistungen im Rahmen der Vorsorge für die Sicherung seines Alters zu erbringen; denn diese ist jeder Einzelne der Gesellschaft und nicht zuletzt sich selbst schuldig. Die gesetzliche Rentenversicherung bezieht ihre Gültigkeit schließlich insbesondere daraus, dass höhere geleistete Beiträge auch höhere Rentenzahlungen zur Folge haben. Wer lange arbeitet und gegebenenfalls noch privat vorsorgt, muss im Alter mehr bekommen, als der, der dies nicht leistet.

Dieser Anspruch wird durch die gegenwärtig gültige Grundsicherung im Alter verletzt. Die Grund-

sicherung ist zwar keine Rentenart, sondern eine Sozialleistung und greift, wenn die Rente nicht für den Lebensunterhalt ausreicht. Sie verletzt das Prinzip der Gerechtigkeit jedoch dadurch, dass sämtliche erworbenen Rentenansprüche zwischen null und der Höhe der Grundsicherung verloren gehen.

Auch die derzeit viel diskutierte Mindestrente muss kritisch betrachtet werden. Ihre Einführung könnte die Legitimation der gesetzlichen Rentenversicherung sogar den Boden entziehen, wenn sie nur die Leistung erbringen würde, die in anderen Sicherungssystemen ohnehin beitragsfrei bezogen werden könnten. Jedenfalls würde die Honorierung der Leistung des Einzelnen entfallen und hierdurch seine persönliche Freiheit geschmälert werden.

Als Lösungsansatz wird daher unter anderem die Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen gefordert. Dabei werden unterdurchschnittliche versicherungspflichtige Einkommen im Nachhinein um die Hälfte auf maximal 75 Prozent der Durchschnittsentgelts hoch gewertet. Als Vorbedingung gilt, dass 35 Jahre an rentenrechtlichen Zeiten vorliegen müssen. Das umfasst etwa auch Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Kindererziehung. Jedoch gleicht auch die Rente nach Mindesteinkommen die Verletzung dieses Prinzips der Gerechtigkeit nur für Rentenansprüche oberhalb der Grenze von Zweidritteln der Grundsicherung aus. Die Einführung der Rente nach Mindesteinkommen würde damit letztlich zu einer "stumpfen Beschneidung" auf die Zweidrittel-Grenze führen, die zur Folge hätte, dass ungleiche Beiträge wiederum gleich hohe Rentenzahlungen zur Folge hätten.

Die private Altersvorsorge kann, gerade auch nach christlichem Verständnis, nicht die alleinige Alternative zu einer gemeinschaftlich organisierten Alterssicherung sein. Sie stellt dennoch einen notwendigen und unentbehrlichen Bestandteil der Altersvorsorge dar. Als Mitglied der Gemeinschaft trägt jeder die Pflicht, Vorsorge für das Alter zu üben, um die eigene Familie, das Gemeinwesen und die Solidargemeinschaft zu entlasten. Das Bewusstsein für die Eigenverantwortung als Ausdruck solidarischer Verbundenheit muss deshalb gefördert werden. Hier ist es die Aufgabe der Politik, für mehr Transparenz bei der privaten Altersvorsorge zu sorgen.

Auch die christliche Verantwortung gebietet es dafür Sorge zu tragen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet oder gesellschaftlich relevante Leistungen erbracht haben, wie beispielsweise die Kindererziehung oder Pflege Angehöriger, einen angemessenen Rentenanspruch erhalten und besser gestellt werden, als diejenigen, die nicht gearbeitet oder die Altersvorsorge vernachlässigt haben.

***Thomas Bareiß** (1975), ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er gehört der „Jungen Gruppe“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an und ist seit 2011 Bezirksvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern. Ehrenamtlich ist u.a. Mitglied des Verwaltungsrates der Johanniter-Schwesternschaft e.V. sowie Beirat in der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V., Berlin.*

**P. Klaus Mertes SJ**

## **Zum Rücktritt von Papst Benedikt**

Die Rücktrittsankündigung von Papst Benedikt XVI. war ein mutiger Schritt. Es ist allein schon mutig, mit einer mehr als 700-jährigen Tradition zu brechen, die es undenkbar erscheinen ließ, dass ein Papst zurücktritt. Noch bemerkenswerter ist, dass Benedikt XVI. mit diesem Schritt eine andere Weise des Umgangs mit dem eigenen Alter wählte als Johannes Paul II.. Und schließlich wird der Papst wohl selbst geahnt haben, dass er auch Fragen und Prozesse auslöst, die er vielleicht gar nicht intendiert hat, die aber mit dem Rücktritt ebenfalls irreversibel auf der Tagesordnung stehen. Mut zeigt sich daran, dass man auch dann Entscheidungen trifft, wenn die Konsequenzen dieser Entscheidung nicht oder noch nicht voll überschaubar sind. Es gibt eben Situationen, in denen man entscheiden muss, obwohl man nicht weiß, welche Folgen durch die Entscheidung „kollateral“ mit ausgelöst werden. Das sind die Situationen, in denen Gottvertrauen herausgefordert ist. Papst Benedikt hat durch seine Entscheidung die Kirche als Ganze herausgefordert, ihm in diesem Vertrauen zu folgen. Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser – zumal in der gegenwärtigen kirchlichen Situation.

Zu den Folgen des Rücktritts gehört, dass er inner- und außerkirchlich Fragen über das Papstamt aufwirft – eine gute Gelegenheit, über den Sinn des Papstamtes zu nachzudenken und einige Dinge richtig zu stellen. Gibt der Papst den Anspruch auf „Unfehlbarkeit“ auf, wenn er sich in seiner Ankündigungsrede für „Fehler“ entschuldigt, die er gemacht hat? Natürlich nicht. Vielmehr bezieht sich das missverständliche Wort von der „Unfehlbarkeit“ nach katholischem Verständnis nur auf einen bestimmten Bereich von Aussagen, in denen die kirchliche Glaubens- und Sittenlehre verbindlich verkündet wird. Ist der Papst noch „Heiliger Vater“, wenn er hinter einem Nachfolger in den Hintergrund tritt? Verwandelt sich das Papstamt gar in das normale Amt eines Behörden- oder Regierungschefs und verliert so seine religiöse Aura? Natürlich auch nicht. Die theologische Dignität des kirchlichen Amtes, auch des Papstamtes, liegt in der Bischofsweihe begründet. Diese wird durch einen Rücktritt nicht aufgehoben. Und über den Titel „Heiliger Vater“ lässt sich auch innerkatholisch weiterhin trefflich streiten. Er bedeutet jedenfalls nicht, dass der Papst so etwas wie ein katholischer Dalai Lama ist. Es gibt letztlich nur einen „Heiligen Vater“ – den im Himmel (vgl. Joh 17,11), weswegen man zur Vermeidung weiterer Missverständnisse denselben Titel für den Papst auch zurücknehmen könnte. Das Christentum ist jedenfalls keine Papstreligion.

Sicherlich besteht die Stärke des Papstamtes darin, dass es die ganze katholische Christenheit sichtbar repräsentieren kann. Aber genau das ist in den letzten Jahrzehnten unter den Bedingungen der Globalisierung auch zu einer Falle geworden, zu einer Quelle vieler Missverständnisse. Alle Welt blickt, wenn sie auf die katholische Kirche blickt, auf die Person des Papstes. Doch der Papst ist nicht die katholische Kirche. Wenn Benedikt XVI. nun zurücktritt, tritt er damit auch als Person hinter das Amt zurück. Das ist zunächst eine Botschaft an den ganzen Globus. Benedikt XVI. verbeugt sich vor dem Amt in gut katholischer Tradition, die immer einen Sinn dafür hatte, dass die Person im Dienste des Amtes steht, nicht umgekehrt.

So lässt sich dann auch wieder mit größerer Nüchternheit über das Amt selbst sprechen. Das Amt in der Kirche hat gerade die Funktion, der Kirche zu dienen, in die Gemeinschaft der Kirche hinein zu hören, das Wirken des Geistes in ihr wahrzunehmen und ihm gesamtkirchliche Bedeutung zu geben. Das beste Beispiel dafür ist das Zusammenwirken von Petrus und Paulus in der Urkirche. Es war Paulus, den der Auferstandene zu den nichtjüdischen Völkern sandte. Die Aufgabe von Petrus und der anderen Amtsträger („Säulen“ vgl. Gal 2,9) bestand darin, die Sendung des Paulus zu sehen und anzuerkennen. Ohne diese Anerkennung durch Petrus wäre einerseits Paulus „vergeblich gelaufen“ (Gal 2,2). Andererseits wäre die Kirche ohne die Anerkennung der Sendung des Paulus eine kleine innerjüdische Sekte geblieben, die bald im Traditionalismus erstarrt wäre. Das Wirken des Geistes und das Amt - beides zusam-

men machen lebendige Kirche erst aus.

Bleiben wir noch einen Augenblick bei Petrus und Paulus. Ausgerechnet Petrus „der Fels“ (Mt 16,18) wird in den Schriften des Neuen Testaments als schwankende Persönlichkeit beschrieben, sowohl vorösterlich (die Verleugnung des Gekreuzigten) wie auch nachösterlich (der Vorfall in Antiochia, vgl. Gal 2,12). Ganz anders tritt der Charismatiker Paulus auf, der beansprucht, sein Apostelamt nicht durch die „Institution“, sondern direkt von Gott erhalten zu haben (vgl. Gal 1,1): eine unerschütterlich stark wirkende Persönlichkeit, die auch noch die eigenen Schwächen als Stärke zu deuten vermag (2 Kor 12,10). In dieser Paarung von Petrus und Paulus sind weitere ermutigende Botschaften enthalten: Die Kirche ist offen für Prozesse und Konflikte zwischen Charismatikern und Amtsträgern. Der Geist Gottes weht nicht nur von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben. Der Amtsträger muss kein Charismatiker sein, sondern es reicht, wenn er einen nüchternen Sinn für den Dienstcharakter seines Amtes hat. Das bedeutet nicht, dass er dem Amt nicht auch seinen persönlichen Stempel aufdrücken darf. Das wird er ohnehin immer tun, so wie Benedikt XVI. und Johannes Paul II. es auf Grund ihrer unterschiedlichen persönlichen Eigenschaften und Vorlieben jeweils unterschiedlich getan haben. Aber noch entscheidender als die jeweilige Person im Amt ist das Amtsverständnis der Person, welche das Amt innehat. Amtsträger, die eitle Pfauen oder machthungrige Karrieristen sind, können das Amt schwer beschädigen. Dazu hat Benedikt nun ein unüberhörbares Zeichen gesetzt. Es geht nicht um Macht, sondern um Dienst, und das beginnt mit dem eigenen praktischen Verhältnis zum Amt. Nur wer das Amt auch wieder loslassen kann, sollte es auch erhalten.

Der Rücktritt des Papstes ist nicht nur eine Geste des Machtverzichts. Er ist auch ein Machtgestus. Der Papst stellt die Kurie mit seinem Rücktritt vor eine Machtfrage. Das zeigen schon jetzt insbesondere die um „Vatileaks“ kreisenden Konflikte zwischen den Kardinälen, die im Vorfeld des Konklaves aufbrechen. Wenn es stimmt, dass Papst Benedikt aus dem Apparat heraus vor die Alternative gestellt wurde: „Entweder Kardinalstaatssekretär Bertone und einige andere – oder ich“ (vgl. FAZ, 21.2.2013), dann war der Rücktritt auch ein Nein zu dem Versuch aus dem Apparat, den Papst zu regieren – selbst dann, wenn die Bertone-Gegner gute Gründe dafür hatten oder hätten, Bertones Rücktritt zu fordern. Mit dem Rücktritt hat Benedikt seinem Nachfolger ein Instrument in die Hand gegeben, um die Machtverhältnisse in der Kurie wieder zu klären. Ein von gewachsenen Loyalitäten unabhängiger Nachfolger wird zum Beispiel aus dem bislang unveröffentlichten „Vatileaks“-Bericht der drei Kardinäle Herranz, Tomko und De Giorgi seine Schlüsse daraus ziehen können – und die Kardinäle bei ihrer Wahlentscheidung ebenfalls, wenn sie es denn wollen.

Es ist sehr zu wünschen, dass auf dem anstehenden Konklave nach einem Kandidaten Ausschau gehalten wird, der Regierungs- und Durchsetzungskompetenz hat, um den vatikanischen Apparat wieder zu einem dienenden Instrument zu machen. Davon würde auch die gesamte katholische Kirche profitieren, in der das Vertrauen auch deswegen in den letzten Jahren Schaden genommen hat, weil informelle Leitungsstrukturen und Seilschaften die geregelten Verfahren außer Kraft gesetzt haben.

Papst Benedikt hat mit seiner Rücktrittsankündigung sowohl dem Papstamt als auch der gesamten Kirche einen Dienst erwiesen. Am Ende seines Pontifikates hat er Geschichte geschrieben. Es bleibt zu hoffen, dass sich gerade in der Hierarchie viele von diesem Schritt inspirieren lassen und der *kairós* für die katholische Kirche genutzt wird. Viele Katholiken warten darauf, und viele Nicht-Katholiken auch, die der gegenwärtige Zustand der katholischen Kirche aufrichtig jammert.

*Klaus Mertes SJ (1954) ist Kollegsdirektor am Kolleg St. Blasien. Er hat Slawistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der dt. Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944*

11. März 2013

**Christian Schmidt**

## **Afghanistan und unsere christliche Verantwortung**

Drei Tage nachdem die afghanische Ärztin Sima Samar mit dem Alternativen Nobelpreis geehrt wurde, richtete sie sich am 10. Dezember 2012 an die deutsche Öffentlichkeit. Kurz vor ihrem Treffen mit Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière bat sie darum, Afghanistan nicht alleine zu lassen. Der Aufruf der engagierten Menschenrechtsaktivistin verdeutlicht: Verantwortung ist nicht abstrakt. Sie ist konkret; und sie muss sich im realen Leben bewähren. Das gilt auch und besonders für Christen, haben wir doch nicht nur eine Verantwortung gegenüber Gott, sondern auch gegenüber der uns anvertrauten Welt. „'Christlich' sein zu wollen ohne 'weltlich' zu sein“, kam für Dietrich Bonhoeffer einer „Verleugnung der Offenbarung Gottes“ gleich.

### **Wir stehen zu unserer Verantwortung**

Christen verschließen nicht die Augen vor der Welt. Wir nehmen unsere Verantwortung in der Welt wahr. Auch nach 2014 werden Deutschland und die internationale Gemeinschaft den Menschen in Afghanistan zur Seite stehen. Seit Beginn des internationalen Einsatzes sind dort erhebliche Entwicklungserfolge erzielt worden. Der flächendeckende Ausbau der Bildungschancen für Jungen und Mädchen, für Männer und Frauen ist eine bedeutende Investition in die Zukunft Afghanistans. Der Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur für Energie, Transport, Trinkwasser und Bewässerung eröffnet langfristige Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven. Erstmals gibt es eine medizinische Grundversorgung für einen großen Teil der Bevölkerung.

Weil Afghanistan aber weiter zu den ärmsten und korruptesten Ländern der Welt zählt, wird die internationale Gemeinschaft auch nach 2014, wenn der Einsatz der internationalen Schutztruppe ISAF endet, weiter helfen und sich einmischen. Dies ist die zentrale Botschaft der Konferenzen von Bonn, Chicago und Tokio sowie zahlreicher bilateraler Abkommen.

### **Die Friedensbewegung hat Afghanistan verlassen**

Der Appell Sima Samars gründet sich auf der Sorge, dass Afghanistan absehbar den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung verlieren könnte. In der Tat: Bereits heute scheint es, dass nicht die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die internationale Gemeinschaft, sondern die Friedensbewegung weitergezogen ist - sie hat Afghanistan den Rücken gekehrt. Syrien und Iran sind schon jetzt Schlagworte mit mehr Gewicht. Es macht keinen Sinn, lautstark den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu fordern, wenn dieser bereits beschlossen ist.

Christliche Verantwortung zu leben bedeutet, für die Menschen in Afghanistan einzustehen, auch wenn kein mediales Echo zu erwarten ist. Gleichzeitig bedeutet christliche Verantwortung auch, Realität zu erkennen, sich jedoch nicht mit ihr abzufinden. Wir Christen begnügen uns nicht mit der Tatsache, dass Gewalt Teil unserer Welt ist. Die christliche Botschaft ruft uns auf, uns für eine Welt ohne Gewalt einzusetzen. Das Dilemma, Gewalt einsetzen zu müssen, um Gewalt zu vermeiden, ist eine Herausforderung auch für uns Christen.

„Reden statt helfen und damit zusehen statt handeln“, wie jüngst lesbar, ist für mich keine Option. Dabei kann es sogar sein, dass wir eine muslimisch geprägte Gesellschaft fördern. Schwierigkeiten sehe ich dann, wenn das Mindestmaß an religiöser Toleranz, die ungehinderte Ausübung auch anderer Glaubensrichtungen, vor allem des Christentums, nicht möglich wäre. Auch in Afghanistan muss dies beobachtet werden. Bislang kann aber keine flächendeckende, systematische Unterdrückung von Christen festgestellt werden.

## **Auftrag erfüllt ?**

Ich erwarte von Christen in Deutschland, dass sie der Gefahr einer Ausgrenzung derjenigen aktiv begegnen, die das persönliche Risiko der Sicherheitsverantwortung tragen. Ein Satz, nachdem „nichts gut“ sei in Afghanistan, verkennt bewusst oder fahrlässig die positiven Entwicklungen der letzten Jahre und reduziert die Komplexität der Probleme auf eine grobschlächtige Grenzlinie.

Auch die These, dass Streitkräfte die Entwicklung negativ beeinflussen würden und „ziviler“ Aufbau viel wichtiger wäre, lässt außer Acht, dass es vor 2001 keine nennenswerte Arbeit von Hilfsorganisationen in Afghanistan gab. Selbst entschlossene Hilfsorganisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ verließen 2001 das Land, mussten rund 70 internationale Mitarbeiter 2001 aus von Taliban kontrollierten Gebieten in Afghanistan evakuieren, um erst wenige Monate später mit der internationalen Schutztruppe als Sicherheitsgarant dorthin zurückzukehren.

Für die Bundeswehrangehörigen wie auch für die anderen Helfer, die in Afghanistan im Einsatz waren, geht es 2014 nicht um eine Bilanz in den abstrakten und absoluten Kategorien von Erfolg oder Scheitern. Es geht ihnen vielmehr um die Frage, ob sie dazu beitragen konnten, das Leben der Menschen in Afghanistan zu verbessern. Dazu gehört auch die Bereitschaft von allen Seiten, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gemeinsam zu sehen. Dabei gilt es Aufgaben abzugrenzen, deren Erfüllung aber zu harmonisieren.

Gerade als Christen setzten sich viele Soldatinnen und Soldaten Soldaten in ihren Einsätzen mit der Frage von Schuld und Sünde auseinander. Afghanistan konfrontierte sie mit einer Realität, in der Verantwortung reinen Pazifismus nicht zulässt. Für unsere Soldatinnen und Soldaten gab es nicht das Wasser, in dem einst Pilatus seine Hände in Unschuld wusch. Das Töten von Menschen ist in jedem Fall ein Übel. Und jede Anwendung von Gewalt macht, um mit Luther zu sprechen, schuldig.

Die Zukunft Afghanistans liegt zuallererst in afghanischer Hand – schon heute. Wenn jedoch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr schrittweise Verantwortung für Sicherheit und Stabilität an afghanische Partner zurück übergeben, beweisen sie damit, dass sie selbst Verantwortung für die Zukunft des afghanischen Volkes getragen haben. Sie haben dem afghanischen Volk geholfen, an seine eigene Zukunft zu glauben. Auch Frau Samar blickt optimistisch nach vorne. Sie glaubt nicht an eine Wiederkehr der Taliban-Herrschaft. Insbesondere jüngere Afghanen seien nicht bereit, ihre neuen Freiheiten aufzugeben. Diese Entwicklung ist auch ein Verdienst der deutschen Soldatinnen und Soldaten.

## **Christliche Verantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten**

Eine Bilanz des Afghanistan-Einsatzes lautet, dass Themen wie Tod, Verwundung und Tapferkeit unsere Wahrnehmung der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten unumkehrbar verändert hat. Gerade im Sinne einer christlichen Verantwortung sind wir alle aufgefordert, unsere Soldatinnen und Soldaten spürbar werden zu lassen, dass wir alle, die Menschen in unserem Land, die Besonderheiten ihres Dienstes mit seinen Gefährdungen anerkennen und den bedeutenden Beitrag würdigen, den Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen für die Bewahrung von Frieden und Stabilität auf der Welt und damit für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger leisten.

Leider vermisse ich weitgehend in unserer Gesellschaft die Bereitschaft zu einer Auseinandersetzung mit Gefahren und Folgen eines bewaffneten Konflikts, eines Krieges, einer Staatsentwicklung danach für unsere Aktiven und die Daheimgebliebenen. Wir sollten den Mut entwickeln, uns solchen unangenehmen Themen zu öffnen!

***Christian Schmidt** (1957) ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2005 Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Er ist u.a. stv. Bundesvorsitzender des Evang. Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU sowie EAK-Landesvorsitzender der CSU und stellvertr. Mitglied der Landessynode der ev.-luth. Kirche in Bayern.*

**Younes Ouaqasse**

## **Warum Christdemokrat?**

Die aktuelle Diskussion über die Verfassung des neuen Ägyptens und der Umgang mit den koptischen Christen in diesem Land führen uns erneut vor Augen, wie angespannt die Lage der Christen in vielen arabischen und islamischen Ländern ist. Weltweit werden Christen aus Glaubensgründen diskriminiert, bedroht und getötet. Der Weltverfolgungsindex 2013 der Hilfsorganisation „Open Doors“ zählt über 100 Millionen Christen, die verfolgt werden. Gerade im Nahen Osten und in Nordafrika sind die Entwicklungen seit dem arabischen Frühling besonders dramatisch. Die jugendlichen, teilweise noch nach politischer Orientierung suchenden Strömungen des Islams in Nordafrika scheinen im Moment kaum bereit, das Christentum neben sich zu dulden. Warum kommen diese beiden großen Religionen, die einander in vielem so ähnlich sind, mancherorts so schwer miteinander aus?

Jugendlich und nach politischer Orientierung suchend habe ich mich mit 16 Jahren als in Deutschland geborener Moslem für die Christlich Demokratische Union entschieden.

Dabei habe ich mir die Programme und Politiker aller wesentlichen Parteien angeschaut und habe abgewogen, welche Inhalte ich vertreten kann. Auch über das „C“ habe ich natürlich nachgedacht. Entscheidend bei meinem Eintritt waren aber nicht an erster Stelle rationale Überlegungen, sondern meine Überzeugung, dass ein wertegebundenes Fundament als Grundlage allen politischen Handelns für mich unverzichtbar ist. Die CDU hat dieses Fundament, sie setzt auf die innere Freiheit, die individuelle Leistung eines jeden Mitglieds unserer Gesellschaft, aber auch auf die verantwortungsbewusste Persönlichkeit und den sozialen Zusammenhalt. Eine der linken Parteien, aber etwa auch die FDP, konnte mir dieses starke Fundament nicht bieten. Mein Gefühl hat mich nicht getäuscht und heute, beinahe zehn Jahre später, bereue ich meine Entscheidung nicht.

Im Gegenteil, ich halte die CDU heute mehr denn je für die Partei, welche die besten Voraussetzungen hat, eine Brücke zwischen dem Christentum und dem Islam zu schlagen. Der unermüdliche Einsatz des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Volker Kauder, gegen die Christenverfolgung ist ein gutes Beispiel für die politische Sensibilisierung bei Religionsfragen, die unsere Partei und viele ihrer Politiker wie Maria Flachsbarth oder Christine Lieberknecht auszeichnen. Volker Kauder mahnt wie kaum ein anderer Entscheidungsträger an, ein stärkeres Bewusstsein in der deutschen Öffentlichkeit für das Leid der Christen weltweit zu schaffen.

Diese Sensibilisierung über pragmatische Alltagspolitik hinaus ist nicht nur in der Außenpolitik ein guter Ratgeber. Sie ist auch für die Zukunft Deutschlands, das von einer wachsenden Zahl Muslime immer mehr geprägt wird, von herausgehobener Bedeutung. Unser Land steht vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen, und das Ziel der CDU sollte es sein, in Deutschland stärker als bisher die angesprochene Brückenfunktion zu erfüllen und unsere guten Voraussetzungen besser zu nutzen. Damit uns dies gelingt, sollten wir aus meiner Sicht drei Punkte beachten:

- a Die CDU darf die Themen interkultureller Dialog und soziale Gerechtigkeit nicht den politischen Gegnern überlassen, sondern muss erkennen, dass wir es sind, ausgestattet mit einem klaren Wertekanon, die auf diesen Gebieten mehr Kompetenz haben, als wir uns selbst lange zugetraut haben. Wir müssen begreifen und vor allem besser kommunizieren, dass auch

die CDU für eine Gesellschaft steht, in der keiner links liegen gelassen wird, egal ob Maurer oder Manager, Christ oder Moslem. Dieser Zusammenhalt kann aber nur funktionieren, wenn Zuwanderer die deutsche Sprache lernen sowie abendländische Werte, Traditionen und Gebräuche, aus denen auch die deutschen Gesetze entspringen, respektieren.

b Die CDU muss noch mehr zur Partei der Chancengerechtigkeit werden und darf den Glauben an erfolgreiche Aufsteigerbiographien nicht verlieren. Unser Ziel muss es sein, dass Deutschland auch in Zukunft das Land der Chancen bleibt. Der Zugang zur Bildung muss weiter vereinfacht werden und es gehören vor allem diejenigen gezielt gefördert, die aus sozial schwachen Verhältnissen kommen. Vielen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die fest in ihren sozialen Strukturen verankert sind, fehlt jegliches Bewusstsein für den Zusammenhang von Schule, Ausbildung, Beruf, Aufstieg und Erfolg. Sie sind auf eine aktive Förderpolitik angewiesen.

c In Zukunft muss es der CDU auch gelingen, noch mehr Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften für aktives soziales Engagement und auch für die politische Arbeit zu gewinnen. Wir erleben oft, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund vergleichsweise selten ehrenamtlich engagieren. Für Christen wie für Moslems und andere Gläubige sind Engagement und ein soziales Miteinander die Säulen eines starken und erfolgreichen Gemeinwesens. Diese Gemeinsamkeit müssen wir stärker herausstellen. Das Miteinander über Religionsgrenzen hinweg, das in Sportvereinen heute teilweise schon vorbildlich funktioniert, sollte auch in Bürgerinitiativen, Nachbarschaftsvereinen und politischen Parteien zur Normalität werden.

Die schwierige Eingangsfrage nach dem Auskommen der beiden Religionen Christentum und Islam werden wir nicht so schnell beantworten können. Wissenschaftler zerbrechen sich schon lange die Köpfe darüber. Als Moslem, der sich für die CDU entschieden hat, kann ich aber feststellen, dass unsere Partei die besten Voraussetzungen hat, zu einem besseren Miteinander beizutragen. Ich wünsche mir für die Zukunft eine Stärkung dieser Rolle für die CDU.

*Younes Ouaqasse (24) ist Student in Jena und wurde im Dezember 2012 in den Bundesvorstand der CDU gewählt. Er war von 2008 bis 2010 Bundesvorsitzender der Schüler Union. Seit Januar 2012 ist er Landesvorsitzender des RCDS Thüringen und Beisitzer im Landesvorstand der überparteilichen Europa-Union Thüringen. Younes Ouaqasse wurde als Sohn marokkanischer Eltern in Mannheim geboren. Die Grundschule besuchte er in Marokko. Mit acht Jahren kehrte er nach Deutschland zurück.*



25. März 2013

Gerald Hagmann

## **Zum Osterfest: Die mächtige Kraft in den Schwachen**

„Gott hat seinen Sohn nicht zur Versöhnung geopfert.“ Mit diesen Worten sorgte ein Superintendent in Südniedersachsen Anfang des Jahres für hitzige Diskussionen bei evangelischen und katholischen Christen ebenso wie auch bei Nichtchristen, die sich für religiöse Fragen interessieren. Im Rahmen eines Gottesdienstes und eines sich anschließenden Interviews mit der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung (HNA) erklärte der leitende Geistliche in der evangelischen Kirche seine Distanz zur traditionellen christlichen Vorstellung, dass Jesus für die Sünden der Menschen von Gott geopfert worden sei. Es übersteige seine Vorstellungskraft, „dass Gott zornig über die Menschen ist und sein Zorn lediglich durch ein Blutopfer an seinem eigenen Sohn befriedigt werden kann“, so der Superintendent. Und fügte hinzu: „Was für ein blutrünstiges Gottesbild.“ Von einem „Opferlamm“ zu sprechen, sei ein altes Bild, das übersetzt werden müsse.

Diese Aussagen wurden als Provokation empfunden und fanden enorme und heftige Reaktionen. Christliche und nichtchristliche Medien begannen ganz grundsätzlich darüber nachzudenken, welche Rolle ein geopferter Messias für die Christinnen und Christen einnimmt und nahmen es mitunter zum Anlass, die Bedeutung des Opfergedankens für Religionsgemeinschaften und die Gesellschaft zu analysieren: Im Raum standen und stehen die Fragen, welche fatalen Konsequenzen das Bild des Sühneopfers der Weltreligion Christentum auf die Gesellschaft und den Weltfrieden hat.

Die Intensität der Reaktionen auf das Interview eines Superintendenten hat manchen verwundert, aber weder die Tatsache, dass der Sühneopfer-Gedanke Diskussionen auslöst ist neu, noch, dass eine kritische Haltung zu dieser zentralen Lehre des Christentums für Empörung aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten sorgt. 2009 gab es eine ganz ähnliche Diskussion, ebenfalls ausgelöst durch einen Superintendenten (i.R.), der im Rahmen einer Radioandacht im Westdeutschen Rundfunk formulierte: "Ich glaube nicht, dass Jesus für unsere Sünden gestorben ist."

Die Diskussionen greifen noch weiter zurück: nicht nur in der Hoch-Zeit der Befreiungstheologie im vergangenen Jahrhundert wurde problematisiert, dass die Stärke der Schwäche eines Erlösers vielmehr im Akt der im Geschehen empfundenen Solidarität denn in der Notwendigkeit der Befreiung Gottes zu suchen sei: Seit alters her steht die Sühneopfer-Theologie, die schon in den Evangelien (vgl. insbesondere Joh 1 und 3) sowie auch in den Briefen des Paulus angelegt und von Anselm von Canterbury entfaltet wurde in der Diskussion: mal mehr, mal weniger. Und in besonderer Weise seit dem so genannten Zeitalter der Aufklärung.

Anselm entfaltete im 11. Jahrhundert die Sühneopfer-Theologie als Satisfaktionslehre: Sie geht von der Annahme aus, dass Gottes Ehre durch den Sündenfall verletzt ist und eine Wiedergutmachung zwingend durch eine angemessene Gegenleistung notwendig ist, um eine gerechte Strafe zu verhindern. Diese nämlich könne angesichts der Schwere der Schuld nur in der Vernichtung der gesamten Menschheit wirksam werden. Die Opferung einzelner Menschenleben genügt dafür nicht. Die einzig denkbare Wiedergutmachung ist, dass Gott selbst die notwendige Strafe erträgt, indem er Mensch wird und die Strafe auf sich nimmt. Erst dieses unvorstellbar große Opfer vermag in der Lehre Anselms die Wiedergutmachung der unendlich großen Sünde der Menschheit und somit auch eine satisfactio zu leisten.

Seitdem ist das theologische Gespräch um die Bedeutung des Kreuzestodes und die kirchliche Frömmigkeit geprägt von der Anselmschen Lehre: Ein Spiegelbild davon sind alte und zum Teil auch neuere Kirchenlieder zur Passion, aus denen im Folgenden einige Ausschnitte wiedergegeben werden:

d *„Du wirst geißelt und mit Dorn gekrönt, ins Angesicht geschlagen und verhöhnet, du wirst mit Essig und mit Gall getränkt, ans Kreuz gehenket. Was ist doch wohl die Ursach‘ solcher Plagen? Ach, meine Sünden haben dich geschlagen. Ich, mein Herr Jesu, habe dies verschuldet, was du erduldet. Wie wunderbarlich ist doch diese Strafe. Der gute Hirte leidet für die Schafe; die Schuld bezahlt der Herre, der Gerechte, für seine Knechte“ (Johann, Heermann 1630, GL 180)*

e *„Da liegst du, wie vom Kreuz erschlagen, erschlagen von der Schuld der Welt. Hilf mir, im Abgrund nicht verzagen und hoffen, dass dein Kreuz mich hält. Herr, unsre Schuld hat dich verraten; sie ist’s, die dich in Schande stößt. Bedecke uns mit deinen Gnaden, da wir so schmachlich dich entblößt. Du wirst, o Herr, ans Kreuz geschlagen, wirst hingeopfert wie ein Lamm; du hast die Schuld der Welt getragen bis an des Kreuzes harten Stamm.“ (Maria Luise Thurmaier 1959/1972, GL 185)*

f *„O wir armen Sünder! Unsre Missetat, darin wir empfangen und geboren sind, hat gebracht uns alle in solche große Not, dass wir unterworfen sind dem ewigen Tod. Aus dem Tod wir konnten durch unsr eigen Werk nimmer werd’n gerettet, die Sünd war zu stark; dass wir wurdn erlöst, so konnts nicht anders sein, denn Gotts Sohn musst leiden des Todes bittre Pein. So nicht wär gekommen Christus in die Welt und hätt angenommen unser arm Gestalt und für unsre Sünde gestorben williglich, so hätten wir müssen verdammt sein ewiglich. Solche große Gnad und väterliche Gunst hat uns Gott erzeiget lauterlich umsonst in Christo, seim Sohne, der sich gegeben hat in den Tod des Kreuzes zu unsrer Seligkeit. (Hermann Bonnus 1542, EKG 57)*

g *„Ich, ich und meine Sünden, die sich wie Körnlein finden des Sandes an dem Meer, die haben dir erreget das Elend, das dich schläget, und deiner schweren Martern Heer. Ich bin ‘s, ich sollte büßen an Händen und an Füßen gebunden in der Höll; die Geißeln und die Bande und was du ausgestanden, das hat verdienet meinen Seel. Du nimmst auf deinen Rücken die Lasten, die mich drücken viel schwerer als ein Stein; du wirst ein Fluch dagegen verehrt du mir den Segen; dein Schmerzen muss mein Labsal sein. Du setzest dich zum Bürgen, ja lässtest dich gar würgen für mich und meine Schuld; mir lässtest du dich krönen mit Dornen, die dich höhnen, und leidest alles mit Geduld... Wie heftig unsre Sünden den frommen Gott entzünden, wie Rach und Eifer gehen, wie grausam seine Ruten, wie zornig seine Fluten, will ich aus diesem Leiden sehn. (Paul Gerhardt, 1647,EG 84, letzte Strophe vgl. EGK 64)*

Die breite Bearbeitung dieser Lehre in den kirchlichen Liedern zeigt, wie intensiv sie in das praktische kirchliche Leben integriert war und somit auch offensichtlich als lebensrelevant beurteilt wurde. Dass es gerade im Bereich der Passionslieder viele Veränderungen des Liederrepertoires und auch Liedtextveränderungen gegeben hat, zeigt, wie viel Diskussionsbedarf dazu besteht – das setzt sich fort in den eingangs erwähnten aktuellen Diskussionen - auch in der Presse.

Die Konzentration auf die Notwendigkeit des Leidens wegen eines zürnenden Gottes stößt nicht nur bei den im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Superintendenten auf, sondern auch bei Vertretern der universitären Theologie beider Konfessionen und auch bei hohen Repräsentanten zumindest der Evangelischen Kirche in Deutschland: Wolfgang Huber, der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, formuliert: „Jesu Kreuzestod ist nicht eine zwangsläufig geschuldete Sühneleistung zur Besänftigung eines zornigen Gottes, sondern eine aus Freiheit um der Liebe Gottes vollzogene Selbsthingabe“ (Wolfgang Huber, Der christliche Glaube: eine evangelische Orientierung, Gütersloh 2008). Der Sinn von Kreuz und Auferstehung dürfe nicht „auf eine

rechtsförmige Satisfaktionsvorstellung reduziert werden“. Auch der amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland hat formuliert, dass Gott kein Sühneopfer brauche, „denn es muss ja nicht sein Zorn durch unschuldiges Leiden besänftigt werden“ (vgl. Interview mit Nikolaus Schneider in *chrismon plus*. Rheinland. Das evangelische Magazin Ausgabe 04/2009).

Da eine unreflektierte Tradierung dieses traditionellen theologischen Gedankenguts aus den genannten Gründen ebenso wenig angemessen zu sein scheint wie eine resolute Ablehnung dieses zentralen und biblisch begründeten Elements unserer Theologie, drängt sich die Frage auf, wie man die begründeten Vorbehalte gegen eine solche Lehre ernst nehmen kann ohne die Grundgedanken zu verwerfen. Ganz praktisch stellt sich im gelebten Glauben die Frage, ob und wie man die genannten Lieder, die Teil unserer Kultur geworden sind, mitsingen kann oder ob man sie verschweigt. Diese Antwort kann jeder nur für sich selbst geben: Ich kann sie mitsingen - allein aus einem einzigen Grund: Ostern.

Das Kreuzesgeschehen ist ohne das Ostergeschehen weder erklärbar noch erträglich. Aus der österlichen Perspektive hingegen gelingt es mir, den Gedanken an unerträgliches Grauen zu ertragen. Die Vorstellung von einem leidenden Gott gelingt für mich nicht durch den Wert der Solidarität Gottes mit der leidenden Menschheit, sondern nur ergänzt durch den Gedanken, dass Gott dem Tod etwas entgegengesetzt: Gottes Heil umfasst das Leid und den Tod. Und das gilt nicht nur für das historische Geschehen der Handlungen Gottes im Leben Jesu.

Die entscheidende Botschaft des Osterfestes ist es, dass Gottes Kraft in den Schwachen und auch in der Schwäche mächtig ist (2. Kor 12,9). Dadurch dass Gott seinen Sohn auferweckt hat, zeigt er, dass selbst die tiefsten menschlichen Abgründe für Gott nicht unerreichbar sind. Es geht bei der Betrachtung des Osterfestes als Neubeginn nach einer Zeit des Leidens wohl kaum allein um historische Wahrheiten, um ein volles oder leeres Grab. Die Wirklichkeit der Geschichte lebt aus der Stärke, die Gott dem Verlorengegläubten zumisst.

Und diese Stärke ist insbesondere bedeutsam im Blick nach vorn: Im zweiten Band des Werkes über Jesus von Nazareth führt Papst Benedikt XVI. die Überlegungen zur Auferstehung selbstredend nicht ohne Grund unter „Ausblick“ aus und stellt als Wirksamkeit des Osterfestes nach dem biblischen Buch der Offenbarung heraus, dass „Gott alle Tränen abtrocknen wird, dass nichts sinnloses stehen bleibt, dass alles Unrecht aufgearbeitet und das Recht hergestellt wird“ (Jesus II 313). Die Heilsbedeutung des Kreuzes wird nur verstehbar durch das Osterfest.

Durch Kreuz und Auferstehung erfolgt die Versöhnung der Welt mit Gott (vgl. 2. Kor 5,19): Gott spricht sein Urteil, souverän, befreiend und vor allem zugunsten der Menschheit. Er bringt Recht und Gerechtigkeit in die Welt – und dessen dürfen sich insbesondere die Benachteiligten unserer Gesellschaft sicher sein. Denn Gott lässt den Gekreuzigten nicht im Tode (vgl. dazu auch Walter Kreck, *Der Gekreuzigte als Sieger über den Tod*. In: *Die Zukunft des Gekommenen*. Grundprobleme der Eschatologie, 148-164.). Das gilt auch noch heute.

Ostern wird damit auch zum Ja Gottes zu denen, die in der Bergpredigt des Matthäus-Evangeliums die Seligen genannt werden. Für die Benachteiligten unserer Gesellschaft ist das Zuspruch – und Anspruch ist es für Kirchen, Gesellschaft und auch die Politik.

*Dr. Gerald Hagmann (1973) hat ev. Theologie in Münster und Bonn und studiert und ist Gemeindepfarrer im Kirchenkreis Bochum. Er ist theologischer Mitarbeiter der Initiative „Ökumene jetzt“, Sachverständiges Mitglied der Liturgischen Konferenz (Evangelische Kirche in Deutschland), Gottesdienstcoach (Evangelische Kirche von Westfalen), stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Bochum und Mitglied der Redaktion von [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de)*